Niederschrift

über die 36. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehr gemeinsame Sitzung mit der 24. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften

Sitzungstag: 23.11.09
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 16:00 Uhr bis 17:10 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Husemann, Horst-Dieter
Schüdzig, Herbert

Stellvertretender Vorsitzender

Kaiser, Peter

Ausschussmitglieder

Albers, Jan Edo
Albers, Udo
Bunjes, Gertrud
Funk, Harry
Lorentzen, Margot Vertretung für Dirk Zillmer
Ludewig, Enno
Lüken, Gerold Vertretung für Arnulf Hartl
Matern, Hans
Rasenack, Marianne

Grundmandat

Glaum, Sabine
Schwanzar, Bernhard

Verwaltung

Dankwardt, Angela
Hagedstedt, Uwe Protokollführer bis TOP 8
Jones, Stephen
Müller, Mike
Riedel, Gabriele Protokollführerin ab TOP 9

Rüstmann, Dietmar

Gäste

Sender, Alfons

Entschuldigt waren:

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung

Der Vorsitzende des Planungsausschusses, **Herr Husemann**, eröffnet die Sitzung um 16:01 Uhr. **Er** erklärt einleitend, dass der Planungsausschuss aus städtebaulicher Sicht zu dem städtebaulichen Vertrag, der unter Tagesordnungspunkt Nr. 5 behandelt werden soll, Stellung nehmen werde. Im Anschluss werde dann der Finanzausschuss über die Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel beraten. Insofern werde der städtebauliche Vertrag aus der Sicht von 2 Ausschüssen beleuchtet.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes teilt **Herr Müller** mit, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliege. Diese beantrage die Durchführung einer Podiumsdiskussion zum Thema Altstadtquartier und Entwicklung des städtischen Haushaltes. **Der Vorsitzende** stellt nach entsprechender Zustimmung aus dem Ausschuss fest, dass die Tagesordnung um den Punkt 4.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erweitert wird.

TOP 4.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2009

Frau Glaum trägt für ihre Fraktion die Gründe für den Dringlichkeitsantrag vor. **Sie** erklärt, dass das Projekt „Altstadtquartier“ in der Öffentlichkeit umstritten sei. Die Diskussion darüber und über die negative Entwicklung der städtischen Finanzen sei nur in Ausschuss-Sitzungen behandelt und daher am Bürger vorbei geführt worden. Die Bürger sollen im Rahmen einer Podiumsdiskussion informiert werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es hier nur darum gehe, ob es eine Dringlichkeit gebe, den Antrag in dieser Sitzung inhaltlich zu behandeln. **Er** bittet die Verwaltung um ihre Stellungnahme dazu.

Herr Müller führt aus, dass aus formalen Gründen keine Dringlichkeit vorliege. Die Bürger hätten die Möglichkeit gehabt, sich im Rahmen von öffentlichen Sitzungen über diese Themen zu informieren. Insofern sei die Information der Öffentlichkeit erfolgt. **Er** erinnert daran, dass die Ratsmitglieder die gewählten Vertreter der Bürger seien und zu entscheiden hätten.

Der Vorsitzende lässt sodann darüber abstimmen, ob eine Dringlichkeit vorliegt. Dieses wird mit 2 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Müller weist darauf hin, dass der Antrag für die 1. Planungsausschuss-Sitzung im neuen Jahr auf die Tagesordnung genommen wird.

(Bei der Abstimmung stimmte Herr Sender mit Ja. Im Nachhinein stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass Herr Sender weder Mitglied noch Vertreter im Planungsausschuss ist und daher nicht abstimmen durfte. Seine Stimme ist daher ungültig, so dass das Abstimmungsergebnis auf 2 Ja und 4 Nein-Stimmen berichtigt wurde).

TOP 5 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um den anwesenden Einwohnern Gelegenheit für Fragen an Rat und Verwaltung zu geben.

Frau Hülskötter erklärt, dass ihr Mann vor einem halben Jahr einen Leserbrief an das Jeversche Wochenblatt und die Stadt geschrieben habe, der nicht veröffentlicht worden sei. Sie fragt die Verwaltung, warum diese nicht tätig geworden sei.

Bürgermeisterin Dankwardt erwidert, dass es die Pressefreiheit gebe und die Stadt daher nicht auf das Jeversche Wochenblatt einwirken könne, einen Leserbrief zu veröffentlichen. Der Brief an die Stadt Jever sei im Bebauungsplanverfahren für das Altstadtquartier als Stellungnahme gewertet und abgewogen worden.

Frau Hülskötter stellt die Frage an den Rat, ob diesem die Altstadt egal sei.

Herr Waleczek fragt an, ob es von der Verwaltung gewollt sei, dass an Markttagen sämtliche Kirchengänge durch Fahrzeuge der Marktbesucher zugeparkt werden, so dass man auf die Grünflächen des Kirchplatzes ausweichen müsse.

Anmerkung der Verwaltung:

Letzteres wird vom Fachdienst Ordnung, Bürger und Soziale Dienste geprüft. Die Antwort an Herrn Waleczek ist in der Anlage beigefügt.

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 6 "Altstadtquartier"; städtebaulicher Vertrag - Neufassung
Vorlage: BV/087/2009**

Der Vorsitzende schickt voraus, dass mit der heutigen Beschlussempfehlung die Ziellinie in Sicht, aber noch nicht erreicht sei. Es stehe noch einiges an Arbeit an.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass der Ausschuss im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes heute nicht über den verabschiedeten Bebauungsplan Nr. 91 „Altstadt-Quartier St.-Annen-Straße/Große Wasserpfortstraße“ und seine Normen, also nicht über Bauhöhen, Ansichten oder die Verkehrsführung sprechen werde. **Der Vorsitzende** rekapituliert, dass über den städtebaulichen Vertrag die Absicherung der städtischen Ziele hinsichtlich des Altstadtquartiers erfolgen solle. **Er** bittet sodann um die Stellungnahmen der Fraktionen zu dem städtebaulichen Vertrag.

Herr Kaiser erklärt, dass die CDU-Fraktion der Neufassung des städtebaulichen Vertrages vollinhaltlich zustimme. Dieser städtebauliche Vertrag fasse all das zusammen, was die Verhandlungen zwischen dem Investor und der Stadt Jever begleitet habe. Die CDU-Fraktion finde ihre Vorstellungen hier vollinhaltlich wieder, da man sich die Neugestaltung des Altstadtquartiers auf die Fahne geschrieben hatte. Jever brauche altersgerechte Wohnungen in der Innenstadt, um der demographischen Entwicklung gerecht zu werden. **Er** bewertet den städtebaulichen Vertrag als Vertrag zugunsten der Stadt. **Er** habe der Homepage der FDP Jever entnehmen können, dass sich bei der dortigen Umfrage 72 % der Teilnehmer für die Zuschussgewährung an den Investor in dieser Höhe ausgesprochen haben. Dadurch fühle sich die CDU in ihrer Meinung bestätigt.

Herr Ludewig verliert für die FDP-Fraktion deren Stellungnahme. Diese könne aus konzeptionellen, rechtlichen und haushaltspolitischen Gründen dem städtebaulichen Vertrag nicht zustimmen. Die Stellungnahme liegt dieser Niederschrift an. Im Anschluss an diese Stellungnahme erklärt **Herr Ludewig**, dass **er** persönlich diese Stellungnahme nicht unterstütze.

Herr Udo Albers führt aus, dass die SWG-/Sender-Gruppe dem städtebaulichen Vertrag ebenfalls nicht zustimme. Vor 3 Wochen sei den Ratsmitgliedern im Rahmen einer interfraktionellen Ratssitzung erstmalig Bildmaterial über das Aussehen des künftigen Altstadtquartiers vorgestellt worden. Aufgrund dieses Bildmaterials habe man aber nicht entscheiden können, ob sich die Neubauten einfügen. Teilweise hätten die Skizzen wie „Klein Dubai“ gewirkt. Das bereits bei der Bauleitplanung geforderte Modell sei bis heute

nicht erstellt worden. Auch sei nicht auf das angefragte Energiekonzept eingegangen worden. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Jever handele es sich bei diesem Zuschuss um einen „dicken Brocken“, an dem die Stadt schwer zu schlucken haben werde. Die SWG-/Sender-Gruppe sehe nicht, wie dieses finanzpolitisch ohne Steuererhöhungen zu stemmen sei.

Für die SPD-Fraktion erklärt **Frau Rasenack** die Zustimmung. Ihre Fraktion sehe durch das Altstadtquartier eine große Chance für Jever. Dieses finde sich auch im eigenen Leitbild wieder.

Frau Glaum legt die Gründe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen den städtebaulichen Vertrag dar. Die modernen Flachdachplanungen und Attrappenfassaden passen nicht in die Altstadt. Es werde zusätzlicher Verkehr in die Altstadt geführt und durch die Aufweitung der St.-Annen-Straße eine breite Schneise zum Kirchplatz geschlagen. Außerdem werde alte Bausubstanz nicht erhalten, obwohl Beispiele aus anderen Städten zeigen würden, dass dieses möglich sei. Außerdem führe die Bezuschussung zu einer enormen Verschuldung.

Bürgermeisterin Dankwardt erklärt, dass **sie** einige der gemachten Aussagen nicht unkommentiert lassen könne. Zur Ablehnung der FDP-Fraktion aus konzeptionellen Gründen führt **sie** aus, dass das Hotel nie ein unabdingbare Vorgabe der Stadt Jever gewesen sei. Diese Planung befinde sich jedoch nach wie vor in den Köpfen sowohl des Investors als auch der Stadt.

Auf das Thema Arbeitsplätze sei von der FDP überhaupt nicht eingegangen worden. Durch die Investitionen des Investors werden im Altstadtquartier ca. 50 bis 60 Arbeitsplätze geschaffen.

Die FDP habe wegen des Bebauungsplanes Nr. 91 eine Anfrage bei der Kommunalaufsicht gestellt. Dieser Bebauungsplan sei vom Rat mit Mehrheit verabschiedet worden und daher rechtswirksam. Sie habe mit dem Landrat über dieses Thema gesprochen. Da das Bauleitplanverfahren mit dem Landkreis abgesprochen war, gebe es keine Beanstandungen des Bauleitplanverfahrens. Dieses werde der FDP auch noch schriftlich mitgeteilt; die Kommunalaufsicht sei derzeit aber wegen vieler Anfragen überlastet.

Die Investition in das Altstadt-Quartier sei eine Investition in die Zukunft, wie die Sanierung der Grundschule Cleverns und der Neubau des Kindergartens für Zukunft des Ortsteiles Cleverns stehen.

Der von Herrn Udo Albers verwendete Begriff „Klein Dubai“ sei ein Schlag in das Gesicht des Architekten. Ein Modell koste viel Geld; andererseits müsse das Projekt evtl. kurzfristig angepasst werden. Dieses verlange eine flexible Planung, die sich im aber im Rahmen des Bebauungsplanes bewege.

Den angesprochenen Verkehrslärm gebe es bereits jetzt schon durch die Belieferung des Plus-Marktes.

Der Vorsitzende lässt nach diesem Schlusswort der Verwaltung über die Beschlussempfehlung abstimmen.

(Bei der Abstimmung stimmte Herr Sender mit Nein. Im Nachhinein stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass Herr Sender weder Mitglied noch Vertreter im Planungsausschuss ist und daher nicht abstimmen durfte. Seine Stimme ist daher ungültig, so dass das Abstimmungsergebnis auf 4 Ja und 2 Nein-Stimmen berichtigt wurde).

Beschlussvorschlag:

Dem städtebaulichen Vertrag „Altstadtquartier“ mit Kaufvertrag und Teilungserklärung wird zugestimmt. Entsprechende Haushaltsmittel sind in 2010 bereitzustellen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 4 Nein 2

Eigene Zuständigkeit:

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

- keine -

TOP 8 Schließen der gemeinsamen Sitzung

Der Vorsitzende schließt die gemeinsame Sitzung um 16:25 Uhr.

TOP 9 Anlagen

zu TOP 4.1	- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zu TOP 5	- Antwort an Herrn Waleczek
zu TOP 6	- Erklärung der FDP-Fraktion

Genehmigt:

Horst-Dieter Husemann
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Uwe Hagedstedt
Protokollführer/in